

Globalisierung und nachhaltige Entwicklung – Vortragsreihe im Ökologischen Bildungszentrum

Teil 2, 24. März 2003:

Das Entwicklungsprojekt Infrastruktur (Plan Puebla Panama) – nachhaltige Entwicklung durch Strassen, Stromnetze und Glasfaserkabel?

Eine Miriam&Miriamproduktion

Einleitung

Letztes mal über Freihandel geredet → Freihandel wird versucht über die WTO weltweit durchzusetzen

In Amerika gibt es dazu gesonderte Bemühungen: dort ist mit dem Vertragswerk ALCA (Area de libre comercio de las Americas) eine gesamtamerikanische Freihandelszone geplant. Das haben wir schon letztes mal erwähnt und dabei gesagt, dass gemäß offiziellem Zeitplan anvisiert ist, dass der ALCA-Vertrag 2005, also in 2 Jahren, in Kraft tritt. Allerdings ist der Verhandlungsprozess komplizierter als gedacht. Denn es gibt ganz unterschiedliche Interessen auf dem Kontinent: Initiiert und vorangetrieben wurden diese Verhandlungen für eine Freihandelszone von den USA. Sie sind versuchen, sich mit den Staaten Lateinamerikas Absatzmärkte für ihre Produkte zu sichern. Aber auch einzelne Regierungen der mittel- und südamerikanischen Staaten unterstützen den Prozess, sie erhoffen sich von Exporterleichterungen einen Aufschwung ihrer Wirtschaft. Sollte es dazu kommen, wird aber bestenfalls eine kleine Wirtschaftselite, Industrielle oder Versicherungs- oder Banken-Gruppen, davon profitieren. In manchen Ländern, zum Beispiel in Ecuador, gibt es seitens der Bevölkerung inzwischen starken Widerstand. Und auch einzelne Regierungen widersetzen sich dem ALCA-Prozess: Venezuelas Präsident Chavez stellt sich dagegen, oder auch Brasilien, das in Südamerikanischen Zollunion MERCOSUR (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) eine privilegierte Stellung hat, die es nicht gerne aufgeben will.

Der Verhandlungsprozess zu ALCA ist deswegen ins Stocken geraten, es scheint unwahrscheinlich, dass der Vertrag 2005 in Kraft tritt.

Deswegen haben die USA die Initiative ergriffen, mit dem Freihandelsprojekt ersteinmal in Mittelamerika Land zu gewinnen: Seit Januar dieses Jahres verhandeln sie mit den zentralamerikanischen Staaten über einen Freihandelsvertrag, der nach NAFTA das Freihandelsgebiet nun bis nach Panama ausweiten würde. Gleichzeitig werden schon die konkreten Voraussetzungen für einen zusammenhängenden Handelsraum geschaffen, und zwar mit dem sogenannten „Plan Puebla-Panama“, dem PPP. Hier ist das Projekt „Globalisierung“ am konkretesten greifbar.

Der PPP ist ein regionaler Entwicklungsplan für den Süden Mexicos und Zentralamerika, für die Region von Puebla bis Panama (**Karte**).. Initiiert wurde er vor drei Jahren vom Mexikanischen Präsidenten Fox, und fand schnell die Unterstützung der Weltbanktochter BID. Schon 2001 wurden die einzelnen Initiativen dieses Plans definiert und die Finanzierung geplant. In ihm sind ältere Entwicklungsprojekte für Mittelamerika aufgegangen, es kamen aber auch neue dazu. Er ist auf 10 Jahre angelegt – und die Umsetzung hat schon begonnen. An diesem Plan lässt sich sehr gut aufzeigen, wie der Diskurs von der „Nachhaltigkeit“ einem Projekt angeheftet wird, in dem es eigentlich nur um industrielle Entwicklung, Steigerung des Wachstums, Ausweitung der Märkte für Großunternehmen geht.

Das Ziel des Plan Puebla Panama ist laut dem offiziellen Dokument von Juni 2001: “potenciar la riqueza humana y ecologica dentro de un marco de desarrollo sustentable que respete la diversidad cultural y etnica.“, also “den menschlichen und ökologischen Reichtum zu mehren“, und das ganze „im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung, die die kulturelle und ethnische Vielfalt respektiert“.

Und wenn man dieses Dokument weiterliest, dann ist da zuerst auch viel die Rede vom Schutz natürlicher Ressourcen, vom Aufbau sozialer Dienste wie Gesundheits- oder Bildungswesen, von Katastrophen-prävention etc. Alles Dinge die die Region gut gebrauchen könnte, im Süden von Mexicoa und auch in ländlichen Regionen von Nicaragua, Honduras oder Guatemala ist staatliche Gesundheitsversorgung ein Fremdwort, Rund drei Prozent der geborenen Kinder sterben im ersten Lebensjahr, rund vier Prozent in den ersten fünf Jahren., Todesursache sind meistens Durchfall oder Lungenentzündung. Ein großer Teil der Landbevölkerung kann nicht lesen und schreiben. Offizielle Statistiken sprechen von Ananfabetenraten zwischen 25 und 35 Prozent in den einzelnen Ländern. Wenn man aber aufs Land geht ist die Zahl deutlich höher. Dazu kommt, dass Naturphänomene wie Hurrikans oder Erdbeben

werden in Zentralamerika immer wieder zu Katastrophen werden, weil die Menschen keine Möglichkeit haben sich zu schützen, stabile Häuser zu bauen, für ihre Ernte vorzusorgen etc., Und was Zustand der Umwelt anbetrifft, so ist zum Beispiel El Salvador im amerikanischen Kontinent das Land, dessen Umwelt am weitesten zerstört ist, der Boden ist verseucht, das Wasser (sofern noch als Grundwasser vorhanden) verschmutzt, nur noch 2 % der Landesfläche sind Wald.

Weiterhinten im Dokument kommen dann Maßnahmen zum Ausbau von Straßennetzen, Stromversorgung, und Telekommunikationsdienstleistungen. Und die sind das eigentlich dieses Plans. Denn von den bisher 4,5 Milliarden Dollar, die die Entwicklungsbank als Finanzierungsbedarf ermittelt hat, fließen 4 Milliarden in den Bau von Straßen und Stromnetzen, das sind 88 Prozent. Maßnahmen zum Umweltmanagement mit 10,7 Millionen, das sind 2 Promille. Bildungsmaßnahmen sind mit ganzen 2 Millionen veranschlagt, das sind 0,4 Promille.

Was die Kosten anbetrifft, so muss man immer klar haben, welche Folgen diese Investitionen für die einzelnen Länder haben: Zum großen Teil müssen die dafür Kredite aufnehmen. Die Zinsen dafür zahlen dann alle. Schon jetzt sind die Auslandsschulden der Länder gewaltig: In Mexico entsprechen die Auslandsschulden zum Beispiel 55 % des BIP, in Honduras 99 Prozent und in Nicaragua 281 %.

Die Prioritäten werden dann auch klar, wenn man sich den letzten Bericht der Interamerikanischen Entwicklungsbank über die Fortschritte beim PPP anschaut (Juni 2002): Da hat sich nämlich die Ordnung der Projekte geändert, und die Bereiche Straßenbau, Stromnetze und Telekommunikation stehen jetzt auf den Plätzen eins bis drei. Die Themen Nachhaltigkeit und Katastrophenprävention sind auf die Plätze sechs und sieben gerutscht.

Beinahe rührend ist, wie im Plan Puebla Panama immer wieder das Wort „Nachhaltigkeit“ bemüht wird: Am Ende der Einleitungskapitel zu den verschiedenen Infrastrukturmaßnahmen steht immer als letzter Satz: „Su implementación se realizará en un marco de sostenibilidad ambiental y social“, (die Durchführung dieser Maßnahmen wird im Rahmen ökologischer und

sozialer Nachhaltigkeit geschehen), es ist wie ein Mantra, das immer wiederholt wird, ohne, dass es mit konkretem Inhalt gefüllt wird.

Viel konkreter sind die Infrastrukturprojekte, die zum Teil jetzt schon Fakten schaffen.

Wir stellen jetzt die verschiedenen Initiativen des Plan Puebla Panama einzeln vor – jeweils mit Beispielen, die verdeutlichen welcher Logik dieser Plan verfolgt. (Geordnet haben wir sie nach Investitionssummen, dem Kriterium in dem sich Prioritäten bei solchen Programmen am deutlichsten ausdrücken).

Acht Initiativen sind es insgesamt:

Ausbau der Stromnetze (Interconexion Electrica)

Verkehrswegebau (Integracion Vial)

Telekommunikation (Telecomunicaciones)

Erleichterung des Handelsaustauschs und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit (Facilitacion del Intercambio Comercial y Aumento de la Competividad)

Menschliche Entwicklung (Desarollo Humano)

Nachhaltige Entwicklung (Desarollo Sostenible)

Katastrophenschutz und -vorbeugung (Prevención y Mitigación de desastres)

Tourismus (Turismo)

1. Infrastruktur

- Straßenbau, der Bau von Eisenbahnlinien
- Offizielles Ziel: Reduktion der Transportkosten und Ausbau der Verkehrsverbindungen.

Dies alles soll dem Handel dienen. Es wird gar nicht gesagt, dass dies den Menschen dienen soll. Mit gutem Grund: Die meisten Menschen in der Region sind ohnehin zu arm, um sich eine längere Busfahrt leisten zu können.

Das Argument lautet deshalb: Wenn wirtschaftliche Entwicklung stattfindet, geht es allen besser > lineares und eindimensionales Entwicklungsdenken, geht davon aus, dass es einen trickle-down-Effekt geben wird

- Verbunden werden sollen die folgenden Strecken: zwei Nord-Süd-Verbindungen und mehrere Querverbindungen
 1. Corredor Pacifico: Verbindung von Puebla bis nach Panama,
 2. der Corredor atlantico: Autobahn zwischen dem Hafen Cutuco in El Salvador und dem Hafen Progreso in Mexiko > Verbindung zwischen Mexiko, Belize, Guatemala, Honduras und El Salvador
 - > hier geht es um den Transport von Waren, zu montierende Fertigteile und Rohstoffe von Nord nach Süd und umgekehrt. Die Produktion soll dort stattfinden, wo sie gerade am günstigsten ist
 1. Die internen Korridore in der Region, die den Atlantik mit dem Pazifik verbinden sollen > Querverbindungen > hier geht es um den Handel der USA einerseits mit den Europäern und andererseits mit den asiatischen Staaten. Vor allem geht es um den Handel der amerikanischen Ostküste mit Asien. Der Handel mit Asien hat stark an Bedeutung gewonnen und innerhalb der USA ist der Transport aufgrund der Bergkette der Rocky Mountains schwierig und kostenintensiv. Der Panama-Kanal ist überlastet, deshalb soll er ersetzt werden.
 - (in Mexiko: Coatzacoalcos - Salinas Cruz > Transístmico, Progreso – Tampico, Chetumal - Villa Hermosa)
 1. Finanzierung: 1 Mrd. USD privat, 2,5 Mrd. staatlich. Ziel: der private Sektor soll die Möglichkeit haben, für einzelne Straßenabschnitte Konzessionen, also Eigentumsrechte zu erwerben und dann Autobahngebühren zu erwerben.

Kritik:

- die Straßen führen durch die wichtigsten Produktionszentren der Region, sprich Freihandelszonen, durch die wichtigsten Städte und zu den wichtigsten Häfen > dadurch findet Konzentration der wirtschaftlichen Produktion statt, Landflucht wird zunehmen und Umweltzerstörung aufgrund von Straßenbau

- Neben dem Ausbau von Straßen sollen die Grenzposten erneuert werden, elektronische Grenzposten eingeführt > die könnte Auswirkungen auf die Migration haben, aber wir können das nicht belegen.
- die Rede ist nicht mehr von der Entwicklung, die dem Menschen dienen soll, sondern von einer, die dem Markt dient.

Beispiele

An zwei Beispielen verdeutlichen wir, welche Interessen dahinterstehen und welche Auswirkungen solche Projekte haben.

a. 22 de abril/anillo peripherico

Ein Projekt, das im letzten Jahr viel Widerstand ausgelöst hat, befindet sich in El Salvador: Um die Hauptstadt San Salvador soll ein 6-spuriger Umgehungsring gebaut werden.

Offiziell wird das Projekt damit begründet, dass es die täglichen Staus in der Millionenstadt verhindern solle. Ein Umgehungsring entlastet aber vor allem von Durchgangsverkehr. Der macht gemäß einer von der Regierung selbst in Auftrag gegebenen Studie gegenwärtig nur ein Prozent des Verkehrsaufkommens in der Stadt aus. Einen Umgehungsring ist vor allem nötig für das Autobahnnetz des PPP, denn dort sind die dicht besiedelten Hauptstadtregionen die Engstellen.

Die Folgen dieses „Mega-Projekts“ (mega-proyecto), wie es die Regierung nennt, wären einschneidend: Die Trasse führt durch mehrere Armenviertel am Rande der Großstadt. Viele der Menschen, die dort leben, haben keinen Besitztitel über das Stück Land wo sie wohnen. Diese bekämen nicht einmal eine Entschädigung für ihre Umsiedlung, sie würden schlicht und einfach vertrieben. 2000 Familien sind nach den ursprünglichen Plänen betroffen.

Die ökologischen Folgen sind auch einschneidend: Schon jetzt ist der Großraum San Salvador, eigentlich eine fruchtbare Region am Hand eines Vulkans, völlig zugebaut. Der Ring würde das Mikroklima verändern und vor allem das Grundwasser weiter absinken lassen: Das hat direkte Folgen für die Menschen, da viele Familien in den Armenvierteln Wasser aus einem eigenen Brunnen vor dem Haus schöpfen.

Schließlich sind die Schulden, die das Land für den Autobahnbau aufnehmen muss, auch eine extreme Belastung für das Land: 800 Mio bis 1 Mrd. Dollar sollen es schätzungsweise sein. Das sind rund 40 Prozent des gesamten Staatshaushalts – für 1 Umgehungsring.

Die salvadorianische Regierung schien zu ahnen, dass dieses Megaprojekt nicht ohne Widerstand bleiben würde: Sie versuchte, die Planungen weitgehend heimlich voranzutreiben, und das Projekt ohne Rücksicht auf gesetzliche Regelungen quasi in einer Nacht-und-Nebel-Aktion durchzuziehen: Die Umweltverträglichkeitsprüfung, die das salvadorianische Gesetz verlangt wurde umgangen (und das im PPP, der immer vorgibt, seine Projekt „en el marco de desarrollo sustentable“ durchzuführen), die obligatorische Bürgerbefragung auch. Die Bewohner, der Armenviertel, die plattgemacht werden sollen, erfuhren von dem Projekt erst, als Mitarbeiter des Bauministeriums in ihrem Viertel Messungen machten und markierungen für den Trassenverlauf anbrachten.

Die Leute haben sich aber dann schnell organisiert, auch viele Stadtverwaltungen von den Gemeinden um Salvador herum, waren mit dabei, und die Proteste, die im Frühjahr 2002, also vor gut einem Jahr begannen, wurden von Woche zu Woche entschiedener: Eingaben vor dem Parlament und bei der Menschenrechtsbeauftragten, Protestschreiben an die Weltbanktochter BID, Demonstrationen, Straßenblockaden, Sabotage an Baumaschinen usw. Im Juni dann hat die Regierung das erste Stück nachgegeben und den Trassenverlauf geändert, so dass eines der bedrohten Viertel von der Autobahn nicht mehr berührt wurde. Es war genau dort, wo das Zentrum des Widerstands war, und rund 500 der von Enteignung bedrohten Familien können nun bleiben. Der Widerstand aber ging weiter. Im November letzten Jahres dann verkündete die Regierung: der Bau des Umgehungsringes werde „wegen politischer Probleme“ um ein bis zwei Jahre verschoben. Das Projekt liegt jetzt also auf Eis, es ist unklar, was daraus wird. Was zu diesem Zurückweichen der Regierung geführt hat, sind die wachsenden sozialen Proteste in El Salvador: Im Herbst begann nämlich an mehrere Monate andauernder Streik / Protestbewegung gegen die Pläne der Regierung, das Gesundheitswesen zu privatisieren. Die Mobilisierung wächst ständig – die Regierung will offenbar nicht auf zwei Fronten kämpfen.

[Ein interessantes Detail zum Einfluss internationaler Finanzorganisationen noch wie der Weltbank auf solche Projekte: die Vorgänge um die Kreditvergabe für den Autobahnbau: Das Parlament stimmte im November 2001 gegen die Aufnahme des Kredits, die linke Partei FMLN hatte die erforderliche Mehrheit, um Haushaltsentscheidungen der Regierung zu blockieren. Ein paar Tage nach der Abstimmung kam ein Brief von der Interamerikanischen Entwicklungsbank, sie äußerte sich besorgt darüber, dass das Parlament die geplante Kreditaufnahme nicht gebilligt habe. Unter diesen Umständen könne sie leider die schon bewilligten Kredite für soziale Projekte und Hausbauprogramme nicht auszahlen. Vier Wochen später gab es im Parlament die für den Autobahnkredit erforderliche Mehrheit....]

Autobahnverbindung Verbindung Atlantik-Pazifik

- ein Beispiel ist der Plan, den Isthmus bei Tehuantepec zu durch einen "trockenen Kanal" zu durchkreuzen. Dafür soll die Eisenbahnstrecke durch den Isthmus für den Containerverkehr modernisiert und eine achtspurige Autobahn zwischen den beiden Häfen an ihren Endpunkten gebaut werden. Diese soll gebührenpflichtig sein
- dieses Projekt wurde inzwischen gestoppt. Gründe: Geldmangel und Widerstand
- Die Gemeinden vor Ort haben starken Widerstand geleistet: Sie waren von der mexikanischen Regierung mit keinem Wort über das Vorhaben informiert worden und sahen sich plötzlich mit der Vermessung ihres Landes konfrontiert. In der Folge richtete sich ihr Widerstand gegen Enteignungen, Umsiedlungen, die Umweltzerstörung und auch die Nutzung von Terrain, das für sie heilig ist. Die Leute, die die Messungen machten wurden ebenso wie die Maschinen angegriffen. Organisiert wurde der Widerstand maßgeblich vom Centro de Derechos Humanos de Tepeyac (kirchliche Verbindungen): Sie informierten die Menschen und organisierten Protest auch auf der juristischen Ebene.

2. Das geplante Elektrizitätsnetz SIEPAC (Sistema de interconexion electrica)

- Das SIEPAC ist eine Verbindung der Stromnetze der zentralamerikanischen Staaten, hinzu soll eine Verbindung Guatemala-Mexiko und eine weitere Belize-Guatemala kommen.

- Begonnen wurde mit dem Projekt 1976, durch die Aufnahme in den PPP genießt es jetzt nochmals eine andere Bedeutung.
- Es soll im Zuge dieses Projekts zu einer Vereinheitlichung der Gesetzgebung im Bereich der Stromproduktion- und verteilung kommen. Eine Verwaltung für das Gesamtprojekt wird eingerichtet, die das gesamte Netz beaufsichtigt
- Hinzu kommt die Planung vieler neuer Projekte, um mehr Energie zu produzieren, wie z.B. den Bau von Staudämmen oder Verbrennungskraftwerke (Gas) oder Erdwärmeeinrichtungen (Vulkane)
- Ziel ist es, die Strommärkte Zentralamerikas und Mexikos zu entwickeln und die Preise zu senken. Es geht wiedereinander nicht darum, eine Energieversorgung für alle sicherzustellen, sondern einen Markt zu schaffen, auf dem private Anbieter Renditen erwirtschaften können. Dies zeigt sich auch daran, dass das SIEPAC in einer Hochspannungsüberlandleitung besteht. Es ist nicht daran gedacht, das Stromnetz auf entlegene Regionen auszudehnen.

Interessen hinter SIEPAC:

- Für die Produktion billiger Exporte z.B. im Elektronik- und Textilbereich wird viel Strom gebraucht. In Mittelamerika und Mexiko ist die Privatwirtschaft der größte Stromkonsument.
- Zudem soll der Strom, der dann im Süden produziert wird nach Norden (Canada oder USA) gebracht werden können > Export

Finanzierung:

- Kosten wird das Ganze 3,2 Mrd. USD, von denen 1,7 Mrd. als Kredite von der BID kommen, 70 Millionen kommen von der spanischen Regierung und die restlichen 80 Millionen müssen von den nationalen Regierungen beschafft werden. Anmerkung: Besonders aktiv im Stromgeschäft sind in Mittelamerika die spanischen Energie- und Telekommunikationskonzerne Endesa und Union Fenosa. > Subvention mittels Entwicklungshilfe?
- D.h. die Staaten nehmen Kredite auf, um z.B. Staudämme zu bauen. Diese Kredite müssen von der gesamten Gesellschaft getragen werden, da die Zinszahlungen Staatsausgaben darstellen. Nach der Sanierung oder Fertigstellung des Stromnetzes werden Teile davon, vor allem die rentablen

Teile, da sich nur für diese Teile Käufer finden werden, verkauft werden. (Im Strommarkt unterscheidet man zwischen der Stromherstellung und dem Vertrieb.)

Wenn nun die rentablen Teilbereiche verkauft werden, so hat dies zwei Folgen:

- a. Einerseits verliert der Staat eine dauerhafte Einnahmequelle,
- b. andererseits wird ein großer Anteil des Geldes sofort in die Zinszahlungen fließen und nicht den Leuten zu Gute kommen.

Was bedeutet diese Entwicklung für die BürgerInnen Mittelamerikas und Mexikos?

Beispiel:

1. Privatisierung des Strommarktes kann eine Erhöhung der Strompreise zur Folge haben
 - in Nicaragua wurde im Jahr 2000 die staatliche Stromverteilung privatisiert und an Union Fenosa verkauft.
 - Geworben wurde für diese Maßnahme mit ähnlichen Argumenten, mit denen auch bei uns für Privatisierungen geworben wird: Mit einem besseren Service und fallenden Preisen
 - Zwei Jahre danach sieht die Realität anders aus: Nicaragua hat heute einen der teuersten Stromtarife in Zentralamerika, Menschen, die ihre Rechnung nicht mehr bezahlen können, werden von Netz genommen. Besonders interessant: Union Fenosa berechnet seine Tarife in USD. Da sich der Wechselkurs seit Jahren beständig verschlechtert, bedeutet das einen weiteren kontinuierlichen Anstieg der Tarife um monatlich 0,5%.
 - Zudem bedeuten höhere Strompreise auch höhere Wasserpreise (wegen Pumpen), höhere Kosten z.B. für den Betrieb von Kühlschränken in kleinen Läden etc. > kann einen Anstieg der gesamten Lebenshaltungskosten bewirken
- Bei uns bedeutet Privatisierung oft Preisreduktion, in EL ist es umgekehrt. Dies liegt
 2. daran, dass die Verbraucher dort sehr viel weniger (Markt-)Macht haben aufgrund ihrer geringeren Kaufkraft,
 3. wird die neoliberale Vision von der freien Konkurrenz verschiedener Anbieter überhaupt nicht umgesetzt. Das staatliche Monopol, das zuvor bestand und keinen Gewinn erwirtschaften musste wird ersetzt durch ein

privates Monopol, in diesem Fall der spanischen Firmen Endesa und Union Fenosa, die sehr wohl eine Rendite erwirtschaften wollen.

Widerstand:

in ganz Mittelamerika und Mexiko entstehen immer mehr Verbraucherschutzinitiativen, die auf verschiedenen Ebenen arbeiten:

1. Versuchen sie den Menschen ein Bewußtsein zu geben, dafür, dass auch sie Verbraucherrechte haben
2. Versuchen sie juristisch z.B. gegen überhöhte Rechnungen vorzugehen

2. Der Bau v.a. von Staudämmen hat gravierende Folgen für Menschen und Umwelt

- Der Bau von Staudämmen, diverse sind geplant, u.a. in Guatemala und in Honduras
- In der Region Olancho an der Grenze von El Salvador und Honduras kam es 2001 zu massiven Auseinandersetzungen, da hier ein Staudamm (Projektname: El Tigre) gebaut und die Bevölkerung vertrieben werden sollte. Es gab massive Menschenrechtsverletzungen; Tote waren zu beklagen > heute? Nach wie vor offen
- Im Petén in Guatemala soll ebenfalls ein Staudammprojekt gebaut werden. Río Usumacinta an der Grenze zwischen Guatemala und Mexiko. Auch hier stehen für den Fall, dass diese Projekte verwirklicht werden Umsiedlungen und Umweltzerstörung auf dem Programm. Zudem war das Projekt bereits in den 60er Jahren angedacht worden. Damals hatte man es aufgegeben, weil der geringe Fall des Wassers, große Schwierigkeiten bei der Stromerzeugung erwarten ließ. Dass das Projekt jetzt wieder aufgenommen werden soll legt die Vermutung nahe, dass es evtl. um etwas anderes geht: Evtl. geht es aber auch darum, Wasser zu verkaufen ???
- ¡Red por la vida: Vernetzung der Initiativen gegen Staudammprojekte; sie sprechen sich gegen diese Staudammprojekte aus, da sie Umweltschutzaufgaben unterlaufen werden, Flüsse umgeleitet und kanalisiert, Land überschwemmt, Menschen umgesiedelt werden (ihre Recht auf Selbstbestimmung wird dadurch massive eingeschränkt) oder ihrer Wasserzufuhr beraubt, heilige Stätten und letztlich Ökosysteme zerstört werden.

- hier zeigt sich, wie wenig stringent die Argumentation ist, wenn es um Nachhaltigkeit geht: Einerseits sollen Umweltschutzzonen eingerichtet werden, andererseits werden derart massive Eingriffe in die Natur geplant.

3. Telekommunikation

- Ziel, wie es im offiziellen Dokument formuliert ist: Ausweitung der Zugangsmöglichkeiten zu Telekommunikationsbereich v.a. auch für die arme Landbevölkerung > hier wird angeblich der Mensch in den Mittelpunkt des Interesses gestellt.
- Verbunden werden sollen mit dem Glasfaserkabel allerdings: 40 wichtige, zentralamerikanische Städte (einschließlich der Hauptstädte), die wichtigsten Häfen und Flughäfen > damit entlarvt sich diese Passage selbst
- De facto gilt: Handel braucht Kommunikation
- Finanzierung: 11,5 Mio. USD, Größtenteils privat

4. Menschliche Entwicklung

dieser Teil beinhaltet folgende Initiativen: 1. Arbeitsqualifizierungsmaßnahmen und Projekte zur Gesundheitsvorsorge, 2. Erfassung statistischer Informationen über Migration, 3. Konservierung von natürlichen Ressourcen durch Indigene, Bauern und die afrokaribische Bevölkerung

zu 1.:

- hierfür sind 2 Mio. USD vorgesehen > das ist nicht soviel, wenn man es mit dem Rest des Plan vergleicht. < 1%.
- Gesundheitsprogramme v.a. Zu AIDS-Prävention > sicher sinnvoll
- Arbeitsqualifizierungsmaßnahmen: Unter diesen Maßnahmen sind wohl z.B. Nähkurse zu verstehen als Vorbereitung für die Arbeit in den Freien Produktionszonen > Investitionsanreiz
- Ein weiterer Aspekt ist, dass man über Arbeitsqualifizierungsmaßnahmen natürlich Statistiken verbessern kann.

Zu 2.: Hier soll die International Organization of Migration (IOM) eine zentrale Rolle spielen.

- Der IOM gehören 93 Staaten an, finanziert wird diese Organisation für Migrationssteuerung und -kontrolle vor allem durch Zuwendungen der USA, Japans und Deutschlands.
- In ihrem jährlichen Bericht resümiert die IOM Tendenzen und Veränderungen internationaler Migration. Der größere Abschnitt der Publikation widmet sich in Einzelstudien allen Regionen der Welt, in denen Wanderungen stattfinden.
- 1Der IOM geht es darum, Migration zu erfassen und zu unterbinden. Z.B. hat sie Studien im Auftrag der EU erarbeitet, in denen Schemata entwickelt wurden, wie die EU-Außengrenzen abgeschottet werden können.
- in Mittelamerika und Mexiko sollen nun Informationssysteme installiert werden um die Datenerfassung von Migranten zu ermöglichen. Dies hätte gravierende Auswirkungen auf die Menschen, da jedes Jahr sehr viele aus der Region in Richtung Norden wandern. > Beispiel: Von 6 Jamaikanern lebt einer in den USA, in El Salvador ist die Relation noch extremer: Hier lebt einer von vier salvadorianischen Staatsbürgern in den USA (8 Mio. zu 2 Mio.)

Zu 4.: hier geht es um die Vorbeugung von Naturkatastrophen.

- Dabei wird v.a. auf vorbeugende Maßnahmen, wie den Umweltschutz gesetzt. Das ist sicherlich sinnvoll, ausgeblendet wird allerdings die soziale Komponente: Naturkatastrophen fordern in EL auch deshalb so viele Opfer, weil die Lebensbedingungen hier so schlecht sind.

5. Entwicklung natürlicher Ressourcen / Initiative für nachhaltige Entwicklung

Der Schutz natürlicher Ressourcen sollte eigentlich der Kern eines Projekt für Nachhaltige Entwicklung, wie es der PPP zu sein vorgibt, sein. Die Wirklichkeit aber sieht anders aus: Knapp 60 Millionen Dollar sind vorgesehen für diesen Bereich, 1,3 % des Gesamtetats.

Bei diesem Projekt geht es unter anderem darum, Umweltstandards für alle Projekte des PPP festzulegen und gemeinsame Standards für Zertifizierungen zu entwickeln (10 Mio). Wenn man sich die Geschichte des Umgehungsringes von San Salvador ansieht, dann weiß man, was davon zu halten ist.

Der Schwerpunkt aber liegt auf dem Unterpunkt „Entwicklung natürlicher Ressourcen“ (48 Mio). Da muss man sich mal bewusstmachen, was für eine Wortschöpfung ist: „Entwicklung von Natur“ – wenn die Natur sich „entwickeln“ soll, dann müsste man sie eigentlich in Ruhe lassen. Mit Entwicklung meint der Plan Puebla Panama aber was anderes: Unter dem Stichwort „Schutz und Nutzbarmachung natürlicher Ressourcen“ formuliert er als Ziel, das wirtschaftliche Potential der natürlichen Ressourcen zu maximieren. Natürlich steht in diesem Zusammenhang auch wieder das Mantra „alle Projekte sind im Rahmen der Prinzipien nachhaltiger Entwicklung“ zu realisieren – doch als Ziel ist die Wirtschaft definiert.

Als Maßnahmen gibt es in dieser Initiative zum Beispiel einen Fonds, der Projekte im Bereich Ökotourismus, landwirtschaftlicher Diversifikation oder Kontrolle von Waldbränden finanzieren soll.

Unter den Schutz von natürlichen Ressourcen fallen aber auch Maßnahmen, die die sogenannte Zersiedlung von Urwald verhindern sollen. Ein Projekt, das schon seit den achtziger Jahren existiert, wird in den PPP aufgenommen: Der sogenannte „Corredor Biologico Mesoamericano“, eine biologische Schutzzone, die sich wie ein Korridor von Mexico bis nach Panama erstreckt. Schutz der Artenvielfalt steht als Ziel über dieser Initiative. Dass das aber nicht um seiner selbst willen geschieht, sondern für wirtschaftliche Interessen, ist ja schon letzten Montag an Beispiel klargeworden. Pharmaunternehmen haben großes Interesse an der Artenvielfalt Mittelamerikas, sie gehen dort auf die Suche nach pflanzlichen Wirkstoffen, mit dem Ziel, sie zu patentieren und dann daraus Medikament zu entwickeln, die sie teuer verkaufen. Das heißt, der Nutzen aus der Artenvielfalt wird am Ende nur wenigen zu Gute kommen.

Und wenn man sich das Projekt zum Schutz der natürlichen Ressourcen genauer anschaut, treten noch ganz andere Interessen als der Schutz des Regenwalds hervor: Liest man sich die Dokumente zum PPP durch, so fällt zum Beispiel auf, dass im Mexico-Kapitel die Rede ist, dass in den ländlichen Gebieten sogenannte „ländliche Integrationszentren“ geschaffen werden sollen, um dort die Bewohner der zerstreuten kleinen Dörfer im Urwald zu konzentrieren. In den entsprechenden Kapiteln zu den Zentralamerikanischen Staaten kommt diese Maßnahme nicht vor. Für die mexikanische Regierung wären diese Zentren eine willkommene Maßnahme zur Aufstandsbekämpfung, um den zapatistischen Aufstand, der vor neuen Jahren

begann, zu unterdrücken. An einer Region im südlichen Chiapas lässt sich das gut zeigen:

Dort gibt es im lacandonischen Urwald die Region „Montes Azules“, die seit 1978 „Reserva Integral de la Biosfera“ ist. Diese Gegend war 1994 ein Jahr lang ganz unter Kontrolle der zapatistischen Befreiungsarmee, im Jahr 1995 flüchteten viele Indigenas vor dem mexikanischen Militär in diese Region, als die Regierungsarmee zur Gegenoffensive ansetzte.

In den letzten Jahren hat die Regierung begonnen, dort eine Siedlung nach der anderen zwangsumzusiedeln, vorgeliebt um das Biosferen-Reservat zu schützen. Im Dezember erst räumte sie das Dorf Arroyo San Pablo, Weitere Dörfer folgten im Februar. Offiziell handelnde sind dabei das Umweltministerium und die Procuraduria federal de Proteccion al Ambiente (Umweltschutzbehörde) – durchgeführt wurde sie aber von Polizei, Militärhubschraubern, und die Einsatzpläne sprechen von „Chirurgischen Eingriffen“, die militärischen Motive sind also kaum zu verbergen. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes finden hier also Zwangsumsiedlungen und Maßnahmen zur Aufstandbekämpfung statt.

6. Erleichterung des Handelsaustausches.

Bei dem Projekt zur Erleichterung des Handelsaustausches geht es vor allem um wirtschaftspolitische Vereinbarungen. In die Details möchten wir nicht tief einsteigen, doch die ganze Initiative ist strategisch interessant:

Als Maßnahmen sind u.a. geplant, die Grenzübergänge zu modernisieren, Handelsverträge zwischen den Ländern anzugleichen und sogenannten „Barreras no arancelarias“ anzugleichen, das heißt technische Normen und Sanitäre-/Hygiene-Standards anzugleichen.

Strategisch gesehen, macht dieses Kapitel klar, dass der PPP dazu dient, Fakten zu schaffen, die die Einführung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone erleichtern. Denn das Kapitel formuliert ausdrücklich, dass das, was in den laufenden Verhandlungen zur Freihandelszone ALCA vereinbart wird, in den am PPP beteiligten Ländern schon umgesetzt werden soll, unabhängig davon, ob ALCA in Kraft tritt oder nicht. Indem ein paar Länder diese Maßnahmen schon umsetzen, geraten also die anderen unter Zugzwang. Wenn man den Faden weiterspinnt, so werden über den PPP Bedingungen für ALCA gesetzt, über ALCA wiederum

Bedingungen für die WTO. Und so letztlich auch für uns. Auswirkungen des PP auf uns lassen sich konkret nicht absehen, aber man sollte immer im Kopf behalten, dass die Politik dort auch mit der Politik hier zusammenhängt. Die Welthandelsorganisation ist übrigens auch direkt am PPP beteiligt: denn die geplanten Fortbildungen für die Angleichung der Handelsbedingungen finanziert unter anderem die WTO.

7. Initiative zum Katastrophenschutz

An diesem Projekt wird deutlich, in welchem Kontext der PPP entstand: Die acht sog. „mesoamerikanischen Initiativen“ für den PPP wurden von der sog. „Grupo Consultivo“ in Madrid im März 2001 ausgearbeitet. Dazu muss man sagen, dass es schon seit vielen Jahren Bemühungen für eine wirtschaftliche Integration der zentralamerikanischen Staaten gibt. In Madrid 2001 trafen sich Vertreter des Generalsekretariats für die Integration Zentralamerikas mit Vertretern von Weltbank, internationalen Dieses Beratungsgremium arbeitete einen Plan für die Entwicklung Zentralamerikas im 21. Jahrhundert aus – ein starker Impuls dafür war unter anderem der Hurrikan Mitch von 1998 gewesen, der in Mittelamerika starke Verwüstungen angerichtet hatte. Ganze Dörfer wurden damals weggeschwemmt und zugeschüttet, ein Großteil der Ernten vernichtet. Im Januar/Februar 2001 forderte dann nochmals das schwere Erdbeben in El Salvador Opfer. Getroffen werden von solchen Ereignissen vor allem die Armen: Sie müssen sich meist in Risikogebieten ansiedeln, die niemand anderes bewohnen will, als erstes sind es ihre Häuser (und sie selbst), die zerstört werden. Ein zerstörtes Haus bedeutet für eine Familie den Ruin.

Diese Erkenntnis, dass Armut, die Menschen bei Naturereignissen noch verwundbarer macht, als sie eh schon sind, lag auch der Initiative von Madrid zugrunde. In der Kommission von sollten Wege gefunden werden, wie solche Familien weniger verwundbar gemacht werden könnten. Deswegen gibt es in dem Papier auch gezielte Maßnahmen zu Katastrophenschutz und Warnsystemen. wichtiger aber wäre eine Entwicklung, die dieser Bevölkerung einen würdigen

Lebensunterhalt garantiert, ein stabiles Haus, eine ausreichende Ernte, sodass ein Unwetter nicht sofort den Untergang bedeutet.

Im PPP findet man allerdings wenig Maßnahmen dafür. Die konkreten Maßnahmen zu Katastrophenschutz sind zwar sehr detailliert ausgearbeitet, die Bildungsprogramme für Bewusstseinsbildung in der ländlichen Bevölkerung konkret beschrieben. Aber gegen die Verwundbarkeit der Bevölkerung gibt es kaum Maßnahmen. Die soziale Situation bleibt unangetastet. Was den Ausfall von Ernten durch extreme Wettersituationen anbetrifft, da kann ein einziger trockener Sommer eine Familie schon in den Ruin treiben. Die Leute auf dem Land haben gerade mal soviel Land, dass sie mit dem Anbau von Mais und Bohnen sich übers Jahr selbst versorgen können – wenn eine Ernte ausfällt, fehlt schlichtweg das Essen. Ansätze, den Leuten eine stabilere Lebensgrundlage zu ermöglichen, wäre zum Beispiel eine Landreform. Doch solche Begriffe tauchen im PPP nicht auf.

Statt dessen fordert der PPP, den Aufbau eines privaten Versicherungssystems gegen Folgen von Naturereignissen zu fördern (mit 3,9 Mio). Dass das keinem der normalen Dorfbewohner zu Nutze kommt, ist ohne Frage. Man muss sich nur mal hier in Deutschland anschauen, welche horrenden Summen für eine Versicherung gegen Hochwasser zu zahlen wären. Wer in dieses System eintreten würde, wären nur Großgrundbesitzer oder Energieunternehmen, profitieren würden sei und vor allem die Versicherungsbranche.

Am meisten Geld widmet der PPP im Katastrophenschutz dem Aufbau eine sogenannte Hydrometeorologischen Informationssystems (15 Mio). Ziel dieses Systems ist, dass seine Dienste kommerzialisierbar sind, und dass dann Entscheidungsträger in Agroindustrie, Flugverkehr und im Energiesektor diese kaufen. Kommerzialisierbar heißt dann auch, dass nicht alle Information für alle zugänglich ist.

8. Initiative für Tourismus

Schließlich gibt es noch eine Initiative für Tourismus. Die war ursprünglich nur ganz knapp ausgearbeitet und sah in erster Linie nur mal eine Bestandsaufnahme touristischer Aktivitäten vor und die Ausarbeitung von Standards, nach denen Qualitätszertifikate ausgearbeitet werden müssten. Später dann sollen Initiativen zum sogenannten „Ethnotourismus“ unterstützt werden (mit 30 Mio\$). Dies ist der

vom Geld her wichtigste Teil und er soll sogenannten „Tourismus auf hohem Niveau“ fördern: den Bau von Hotels sollen internationaler Ketten als sogenannte „Operatoren“ durchführen, sie zum Laufen bringen und die Bewohner der betroffenen Dörfer für die Aufgaben in der Hotellerie schulen (Modell Botswana). Die indigenen Gemeinden sollen Material, Arbeitskraft und Land zur Verfügung stellen und, gemäß plan, sollen die Hotels dann in ihren Besitz übergehen. Wie, wann und unter welchen Bedingungen das zu geschehen hat, sagt der Plan nicht. Außerdem kam nach dem 11. September noch ein Extrapunkt zur Flughafensicherung hinzu.

Fazit:

1. Man sieht hier, wie Entwicklungshilfegelder verwendet werden, z.B. spanische Regierung subventioniert Union Fenosa und Endesa > im PPP gibt es eine Menge solcher Beispiele
2. Der PPP gehört zum ALCA > PPP eröffnet die Möglichkeit, in vielen Bereichen Standards einzuführen, ohne einen umfassenden Vertrag zu schließen
3. PPP hat nichts mit einer zukunftsorientierten sozialen oder ökologischen Entwicklung zu tun > man sieht hier nochmals sehr gut, wie der Begriff Nachhaltigkeit instrumentalisiert wird. Es wird auch deshalb instrumentalisiert, weil dies angesichts seiner Inhaltsleere leicht möglich ist. Nachhaltigkeit als Begriff, der verschleiert, was wirklich passiert. Er hat den Zweck, Kritik an Projekten wie dem PPP von vornherein zu vereinnahmen, da sie sich mit dem Label „nachhaltig“ schmücken.

Seit dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der am PPP beteiligten Staaten im Juni 2002 in Merida, Yucatan ist der PPP ins Stocken geraten.

Dies wird zwar öffentlich so nicht formuliert, Tatsache ist aber, dass die nationalen Regierungen ihr geplantes finanzielles Engagement reduziert haben. Vor allem die

mexikanische Regierung scheint das Interesse an dem Plan verloren zu haben. Wechsel im Außenministerium von Mexiko > sie werden nicht mehr das Sekretariat des PPP übernehmen.

Beobachter gehen davon aus, dass es sich einerseits um ein überfrachtetes Projekt gehandelt hat und andererseits der Widerstand zu massiv war.

Massiver und erfolgreicher Widerstand wurde, wie bereits erwähnt, im Zusammenhang mit dem Transístmico in Mexiko und dem anillo peripferico in El Salvador geleistet.

Ein wichtiges Signal waren hier beispielsweise auch die Auseinandersetzungen in San Salvador de Atenco in Mexiko. Hier hatte die Regierung einen neuen Großflughafen für Mexiko Stadt bauen wollen. Das Land der Gemeinden sollte enteignet und später entschädigt werden. Die Auseinandersetzungen dauerten vom Okt. 2001 bis Aug. 2002, es gab Tote und Verletzte. Danach gab die Regierung ihre Pläne auf.

Anzunehmen ist, dass ein Teil der Pläne nun wiedereinander begraben wird, andere Bereiche werden aber mit Sicherheit verwirklicht werden: v.a. Straßen, Strom, Telekommunikation

These für Diskussion:

- Im Neoliberalismus werden Begriffe wie „Nachhaltigkeit“ gerne geprägt, mit dem strategischen Ziel Macht- und Herrschaftsverhältnisse auszublenden. Unserer Ansicht nach gibt es eine Menge derartiger Begriffe auch bei uns. Wie sehen Sie das?